OSSWALD/SCHULTE-PROZESS **Ein Angriff auf die KPD/ML !** Seite 2

1 H 20 150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 7 vom 16. Februar 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Schluss mit dem Justiz- und Polizeiterror! Sofortige Einbürgerung von Sascha Haschemi!



Demonstration für Freiheit und Einbürgerung von Genossen Sascha Haschemi in München.

"Ab Donnerstag, den 7.2. werde ich nicht mehr vor Gericht erscheinen. Allzu offen und klar ist der Plan, mich über kurz oder lang in Untersuchungshaft zu nehmen und in einer heimlichen Aktion in das faschistische Persien abzuschieben, was für mich gleichbedeutend mit einer Liquidierung ist..." Mit diesen Worten beginnt eine Erklärung, die Genosse Sascha am sechsten Verhandlungstag im Münchener Antikriegstagsprozeß verlesen ließ. Er selbst kam nicht mehr ins Gericht. Gründe für diesen Entschluß des Genossen gibt es ohne Zweifel genug! Immer offener hatte die Klassenjustiz in der letzten Woche gezeigt, daß sie nur ein Ziel kennt: Sascha hinter verschlossenen Türen wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 zu verurteilen und damit die Voraussetzung zu schaffen, ihn, den Sohn einer Deutschen und eines Persers, der in Deutschland aufgewachsen ist, als "kriminellen Ausländer" in die Folterkammern des Schah-Regimes abzuschieben.

Fortsetzung auf Seite 7

8 Revolutionäre verhaftet. Bourgeoisie will ihre Stärke zeigen

Ihr Triumphgeschrei verrät ihre Angst!

"Glückwünsche für die Polizei" so bejubelte die Hamburger Morgenpost den Polizeiterror von Hamburg und Frankfurt, in dessen Verlauf Genschers Spezialtruppen, die sogenannten "Mobilen Einsatzkommandos (MEK), 8 Revolutionäre im Schlaf überfielen und gefangennehmen konnten. Die ganze bürgerliche Presse feierte einen 'Triumph der Polizei". Aber diese Frontberichte können niemanden darüber hinwegtäuschen, daß Genschers groß-angelegte "Terroristenbekämpfung", in deren Verlauf die gesamte revolutionäre Bewegung zerschlagen werden sollte, zu einer Niederlage für die Bourgeoisie geworden ist.

Selbst auf dem Höhepunkt der von der Regierung und den Berufshetzern der bürgerlichen Presse geschürten "RAF-Hysterie", als unter anderem die Genossen Ulrike Meinhoff und Andreas Baader gefangen genommen wurden, kamen bürgerliche Meinungsumfragen zu dem Ergebnis, daß über 60 % der Bevölkerung nicht bereit sind, den Klassenfeind in irgendeiner Form bei der Verfolgung der RAF-Genossen zu unterstützen. Die von der Bourgeoisie versuchte Volksverhetzung "das sind Verbrecher, Volksfeinde usw." kam bei den Massen nicht an, obwohl die Bevölkerung - wie unsere Partei - den von der RAF eingeschlagenen Weg des individuellen Terrors ablehnt.

Die Hetzkampagne gegen die RAF-Genossen kann auch nicht von den Folter-Verbrechen ablenken, die die westdeutschen Imperialisten an den politischen Gefangenen begehen. Mit jedem ihrer Verbrechen wird die Solidaritätsbewegung für die politischen Gefangenen breiter und stärker.

Erst recht konnten die Kapitalisten mit ihrer Hetzkampagne ihr Hauptziel, die Kommunisten als Kriminelle abzustempeln, nicht erreichen. Statt mit der Verteufelung der revolutionären Gewalt als "kriminell und volksfeindlich" Erfolg zu haben, mußten die Kapitalisten und ihre Bonner Regierung erleben, daß teilweise spontan, teilweise bereits unter der Führung unserer Partei immer größere Teile der Arbeiterklasse, der Jugend, des gesamten werktätigen Volkes im Kampf für ihre Interessen der reaktionären Gewalt des imperialistischen Staates die revolutionäre Gewalt entgegensetzen. Roter Antikriegstag 1972 im olympischen München, Mieterkämpfe in Frankfurt, der Kampf der Bevölkerung von Nordhorn und Umgebung gegen den Nato-Bombenabwurfplatz, die trotz Verbot durchgeführten Roten Mai-Demonstrationen in NRW, die trotz Verbot durchgeführten Demonstrationen gegen den Breshnew-Besuch in Dortmund. Vor allem nahmen auch die Kämpfe der Kollegen in den Betrieben militantere Formen an. Betriebsbesetzungen, Kollegen setzten sich mit Fäusten gegen den Terror der Polizei zur Wehr.

In all diesen Kämpfen wurde klar: der Haß der Werktätigen auf den Kapitalistenstaat wächst, die Bereitschaft, für die Durchsetzung der Klasseninteressen auch gewaltsam zu kämpfen wächst und es wächst der Einfluß der Kommunistischen Partei, der KPD/ML, deren Programm der gewaltsame Sturz der Kapitalistenklasse und die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist, unter den Massen. Die Haupttendenz heißt Revolution.

Anläßlich der jüngsten Demonstration gegen die Zusammenarbeit des westdeutschen Imperialismus mit dem Henkerregime des Schahs mußte der Frankfurter Polizeipräsident offen zugeben, daß die Polizei Demonstrationen in der Innenstadt weitgehend machtlos gegenübersteht. In diesem Zusammenhang wird verständlich, warum die Kapitalisten so darauf aus sind, die Bürgerkriegsaktion von Frankfurt und Hamburg als großen Erfolg herauszuputzen.

Es ist auch wahrhaftig keine Mühe gescheut worden, um die Sache ins rechte Licht zu rücken. "Wir sprengen das Volksparkstadion in die Luft", mit dieser Schlagzeile wartete die Hamburger Morgenpost am 4. Februar auf. Ein seltsamer Zufall, daß dasselbe "Blättchen" schon am nächsten Tag melden konnte: "Terrorbande im Schlaf überrumpelt!" Viele Anzeichen deuten daraufhin, daß dieser "Zufall" vom Verfassungschutz bestellt worden ist.

Ende Januar erhielten einige bürgerliche Zeitungen, aber auch der Vorsitzende der KPD/ML Ernst Aust Durchschläge eines maschinengeschriebenen Textes, in dem angeblich die RAF ankündigt, sie wolle am 22. Juni zur Fußballweltmeisterschaft das Hamburger Volksparkstadion mit Raketen (Sam-7) beschießen, falls die Bundesregierung nicht bis zum 1. Mai eine Amnestie für alle politischen Gefangenen erlasse. Es ist völlig klar, daß die Rote Armee Fraktion mit dieser Sache nicht das Geringste zu tun haben kann.

Ein Angriff auf ein Fußballstadion ist ein Angriff auf zigtausende Werktätige Menschen, Wir wissen, daß die Hetze der kapitalistischen Presse uns einreden will, revolutionäre Gewalt sei gegen das Volk gerichtet. So versuchen z.B. auch die britischen Imperialisten und ihre Helfershelfer den Kampf der IRA zu diffamieren, indem sie Terroranschläge gegen das irische Volk verüben und diese der IRA in die Schuhe schieben.

Auf dieser Linie liegt auch dieses angebliche RAF-Flugblatt und wessen Interessen es objektiv dient, ist sonnenklar. Bleibt noch die Feststellung, daß die bürgerliche Presse bis hin zu Nachrichtenagenturen gegenüber der KPD/ML erklärt hat, über revolutionäre Aktionen würde nur auf der Grundlage der Polizeiberichte geschrieben. Da stellt sich die Frage, wie ausgerechnet einen Tag vor den Polizeiüberfällen die "Volkspark-Story" ausschließlich aufgrund eines 30zeiligen Flugblattes in die Schlagzeilen der Boulevardpresse gekommen ist?

Revolutionäre Gewalt, auch die Aktionen der RAF, richtet sich gegen den Klassenfeind, seinen Staat, seine Truppen usw. Die Hetze der Kapitalistenpresse und der Bonner Regierung wird nicht verhindern können, daß immer breitere Teile der Massen gegen die Diktatur der Kapitalisten die revolutionäre Gewalt ergreifen. Viele revolutionäre Menschen werden allerdings aus den Fehlern der RAF erkennen, daß die gewaltsame sozialistische Revolution nur mit der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei an der Spitze siegen kann.

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
STÄRKT DIE ROTE HILFE!
VORWÄRTS MIT DER KPD/ML ZUR SOZIALISTISCHEN REVOLUTION!

Tarifbewegung im "Öffentlichen Dienst": Geschlossene Streikfront!



Mit überwältigender Mehrheit haben sich die in der ÖTV organisierten Kollegen des "Öffentlichen Dienstes" für einen Streik zur Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen ausgesprochen. Die ÖTV-Bonzen tönen in Worten momentan zwar radikal, aber in Wirklichkeit haben sie keine andere Sorge, als den Kampf der Kollegen zu sabotieren. Unter der Losung "Schwerpunktstreiks" wollen sie verhindern, daß eine geschlossene Streikfront, das einzige Mittel zur Durchsetzung der Forderungen der Kollegen, entsteht. In den letzten Jahren hat sich immer wieder erwiesen, daß diese sogenannten "Schwerpunktstreiks" nur ein Trick der DGB-Führung waren, den Kampf der Kollegen im Auftrag der Kapitalisten abzuwiegeln, sich gleichzeitig aber den Anschein zu geben, sie würden den Kampf schon organisieren. Mit der Durchsetzung der "Schwerpunkttaktik" wollen die Bonzen gleichzeitig sicherstellen, daß die Kollegen den Kampf in die eigene Hand nehmen können. Genau das aber ist absolut notwendig.

Die Sabotage der ÖTV-Bonzen am Kampf der Kollegen zeigt sich auch darin, daß die Bonzen wiederum nicht das volle und uneingeschränkte Streikrecht für beamtete Kollegen auf die Tagesordnung gesetzt haben. Diese Spaltung betrifft besonders die Kollegen in den Ämtern. Die beamteten Kollegen müssen gemeinsam mit den Arbeitern und Angestellten in den Streik treten. Das volle und uneingeschränkte Streikrecht für Beamte muß, wie die anderen Forderungen, durch die geschlossene Kampffront der Kollegen durchgesetzt werden.

VOLLES UND UNEINGESCHRÄNKTES STREIKRECHT FÜR BEAMTE!
GESCHLOSSENE STREIKFRONT ZUR DURCHSETZUNG DER FORDERUNGEN!

Oßwald - Schulte Prozeß in Dortmund :

Ein Angriff auf den Marxismus-Leninismus Ein Angriff auf die KPD/ML

Am 22. Februar beginnt der Prozeß gegen die Genossen Norbert Oßwald und Michael Schulte. Sie sind angeklagt wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung", weil sie für Flugblätter, Betriebszeitungen und die "Rote Fahne" - also Publikationen der Gruppe Rote Fahne Bochum - presserechtlich verantwortlich waren. Nun, heute erscheinen keine Betriebszeitungen der GRFB mehr, keine Rote Fahne gibt sich mehr als Zentralorgan der KPD/ML heraus. Diese Spalterorganisation, die sich 1970 ausdrücklich gegen die KPD/ML gründete, wurde im Frühjahr 1973 endgültig zerschlagen, die Mehrheit ihrer Mitglieder schloß sich wieder der KPD/ML an.

Warum will die Bourgeoisie eine Organisation als "kriminell" verbieten, die gar nicht mehr existiert? Ein Blick auf die Anklageschrift gegen die beiden Genossen zeigt, daß es der Bourgeoisie gar nicht hauptsächlich um diese Organisation geht. **Es geht ihr vielmehr um einen Angriff auf den Marxismus-Leninismus, um einen Angriff auf die KPD/ML.**

Die Punkte in der Linie der GRF, auf die ihre Führer stolz waren und die einen direkten Angriff auf den Marxismus-Leninismus bedeuteten - die Theorie von der demokratischen Zwischenetappe, die Linie zur SPD - sie kommen in der Anklageschrift nicht vor. Die Aktionen der GRF, in denen sie "die Demokratie verteidigte" und sich mit Händen und Füßen gegen die Propagierung der Diktatur des Proletariats, des Kommunismus und der revolutionären Gewalt wehrte, sie spielen in der Anklageschrift keine Rolle.

Mühsam hat sich die Bourgeoisie die wenigen Stellen zusammengeklaubt, in denen die GRF einigermaßen korrekte Standpunkte vertritt, ähnlich wie die KPD/ML argumentierte und handelte. Und wo das absolut nicht ging - beim unerbittlichen Kampf gegen den modernen Revisionismus - da bezieht sich die Bourgeoisie einfach direkt auf die KPD/ML selbst. **Die Linie unserer Partei, ihre Geschichte und Entstehung, ihre Aktionen, ihr Statut - das sind die Grundlagen, auf denen die Anklageschrift aufgebaut ist.**

Die Tatsache, daß die Bourgeoisie dabei nicht die KPD/ML direkt angreift, sondern die GRF, die sich unverschämterweise KPD/ML nannte, ist nichts als ein Manöver, um leichteres Spiel zu haben. Sie hoffte, angesichts der opportunistischen Linie der GRF leichteres Spiel zu haben, sie spekuliert darauf, daß bei einer längst nicht mehr existierenden Organisation der Kampf gegen ihren Angriff nur als Verteidigungskampf von einzelnen Personen geführt wird, nicht aber organisiert von der KPD/ML, getragen von einer breiten Agitation und Propaganda unter den fortschrittlichen Arbeitern.

Diese Hoffnung der Bourgeoisie hat sich zerschlagen. Die KPD/ML hat den Kampf aufgenommen und er wird zu einer Niederlage für die Bourgeoisie werden. Im Kampf gegen das Verbot der GRF als "kriminelle Vereinigung" werden noch mehr Menschen die Ziele der KPD/ML kennenlernen, denn diese Ziele sind es, die in der Anklageschrift angegriffen werden.

Mit den verschiedensten Zitaten aus den Publikationen der GRF wird angegriffen, daß den Arbeitern und den anderen Werktätigen gesagt wird, daß es im Kampf gegen das Kapital für das Proletariat keine Kompromisse geben kann, daß für den Klassenhaß und den unversöhnlichen Klassenkampf eingetreten wird.

- Noch mehr interessieren die Bourgeoisie die wenigen Stellen in den Publikationen der GRF, wo festgestellt wird, daß das Proletariat im Kampf um seine Befreiung seinen Hauptschlag gegen den kapitalistischen Staat richten muß, der nichts anderes ist als ein Instrument der Bourgeoisie, um die Kämpfe der Massen gewaltsam zu unterdrücken. Zitat: "Die KPD/ML hat immer klar gesagt, unser oberstes Ziel ist die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Das ist nur möglich, wenn die Arbeiterklasse gewaltsam den kapitalistischen Bonner Staat zerschlägt und den sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat errichtet". **Die Lehre von der Notwendigkeit der gewaltsamen Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparates, die Lehre von der Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats - das ist der Kernpunkt des Marxismus-Leninismus, das ist der Kernpunkt der Linie unserer Partei. Denn es ist die einzige Möglichkeit, das Proletariat zur Erfüllung seiner historischen Mission zu führen: zur Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung, zur Befreiung der vom Joch des Imperialismus unterdrückten Menschheit.**

Dieses revolutionäre Banner, das die modernen Revisionisten in den Schmutz getreten haben, hat die KPD/ML mit ihrer Gründung wieder aufgehoben. Sie hat es gegen alle Angriffe der Revisionisten und Opportunisten verteidigt. Sie wird es sich auch nicht durch diesen hinterhältigen Angriff der Bourgeoisie aus der Hand reißen lassen. Im Gegenteil, auch dieser Prozeß wird ein Schritt vorwärts auf dem Weg zur Revolution werden.

FREISPRUCH FÜR DIE GENOSSEN OSSWALD/SCHULTE!
HÄNDE WEG VON DER KPD/ML!
DER KOMMUNISMUS LÄSST SICH NICHT VERBIETEN!

Neuwahlen werden die britischen Imperialisten nicht retten!



Im Kampf gegen die Maßnahmen der Regierung, die Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, haben die britischen Bergarbeiter in einer Abstimmung mit über 80 % den Streik beschlossen. Bereits seit Wochen hatten sie Überstunden verweigert.

Daß die britische Regierung Neuwahlen ausgerufen hat, um "Schlimmeres" zu verhindern, zeigt, daß der Kampf der Arbeiterklasse verstärkt politischen Charakter annimmt und sich gegen den imperialistischen Staat selbst richtet.

Der britische Imperialismus befindet sich in einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise. Während auf der einen Seite die Arbeiterklasse immer weniger gewillt ist, ihr Elend länger zu ertragen, sind die britischen Imperialisten immer weniger in der Lage, ihre Krisenmaßnahmen durchzusetzen. Die Löhne der Werktätigen sind ständig weiter hinter die Lebenshaltungskosten zurückgefallen. Über 2,3 Millionen Werktätige sind arbeitslos. Seit dem 13. November hat die Regierung den Notstand ausgerufen. Unter dem Mantel des Energiemangels wird in der gesamten britischen Industrie kurzgearbeitet: die 3-Tage-Woche soll verdecken, daß bei normaler Arbeitswoche abermals Millionen Werktätige arbeitslos werden.

Der Streik der britischen Bergarbeiter richtet sich gegen das Elend überhaupt, gegen die imperialistische Krisenwirtschaft. Ihr Kampf konzentriert sich immer mehr in einem Punkt: gegen die Abwälzung der Krise auf die Arbeiterklasse durch die Regierung der Imperialisten. Der Kampf um die Aufhebung des Lohnstopps wird immer mehr zu einer politischen Machtfrage. Und nichts fürchtet die britische Monopolbourgeoisie mehr, als daß dieser Kampf in einen offenen Kampf um die politische Macht im Staat vollends umschlagen kann.

So hat die Regierung Heath ein Rückzugsmanöver begonnen und Neuwahlen ausgerufen, in der Hoffnung, die Reihen der Arbeiterklasse zu spalten. Die Arbeiter sollen, statt den Kampf gegen imperialistische Krise und den Staat zu führen, sich in parlamentarischen Illusionen und Hoffnungen verlieren.

Bisher aber haben sich die Bergarbeiter wenig beeindrucken lassen. Trotz Wahlspektakel und Versprechungen haben sie beschlossen, ihren Streik durchzuführen, bis der Lohnstopp der Regierung durchbrochen ist.

Volksrepublik China: Sozialimperialistische Agenten ins Netz gegangen!

Am Abend des 15. Januar 1974 konnten durch die Wachsamkeit der chinesischen Volksmassen sowjetische Agenten und sowjetisches Botschaftspersonal auf frischer Tat bei der Spionage gegen die Volksrepublik China entlarvt werden. In einem Paket, das die Botschaftsangehörigen zwei Agenten übergaben, befanden sich unter anderem eine in unsichtbarer Tinte geschriebene Anweisung der sowjetischen Spionagezentrale an die Agenten und die Kopie eines Plans für den Aufbau einer geheimen konterrevolutionären Organisation in China.

Einer der Agenten, Li hung-shu, hat inzwischen gestanden, 1967 in die Sowjetunion geflohen und dort seit 1970 vom militärischen Geheimdienst für die Spionage gegen China ausgebildet worden zu sein. Im Juni 1972 wurde er nach China geschickt und erhielt seitdem seine Anweisungen direkt von der sowjetischen Spionageagentur und über die sowjetische Botschaft in Peking.

"Es muß betont werden", heißt es dazu in einer Protesterklärung der chinesischen Regierung, "daß sowjetisches Botschaftspersonal in China seit langer Zeit unter Ausnutzung verschiedener legaler Möglichkeiten und Mißbrauch verschiedener diplomatischer Privilegien im Auftrag sowjetischer Führer Spionage gegen China betreibt. Sie stahlen geheime Nachrichten und gründeten heimlich konterrevolutionäre Organisationen mit dem Ziel, die Diktatur des Proletariats in China zu stürzen".

Seit Jahren versuchen die sowjetischen Sozialimperialisten zusammen mit den offenen und versteckten Feinden des Kommunismus und der Diktatur des Proletariats in China die Kommunistische Partei Chinas und das gesamte chinesische Volk auf den Weg des Revisionismus zu führen und einen konterrevolutionären Staatsstreich zu organisieren. Bereits 1967, als in der Großen proletarischen Kulturrevolution der Verräter Liu Schao-tschi entlarvt wurde, behauptete Breshnew, der Bankrott dieser Renegatenclique sei "für alle echten Kommunisten Chinas eine große Tragödie. Wir bringen ihnen unsere große Sympathie entgegen". Unverhohlen forderte er die "Rückführung auf den Weg des Internationalismus", sprich den Weg der Kapitulation vor den sowjetischen Sozialimperialisten.

Auch der Konterrevolutionär Lin Biao, der so weit ging, einen bewaffneten Staatsstreich vom Zaun zu brechen, in dem vergeblichen Versuch, einen Mordanschlag auf den Vorsitzenden Mao Tsetung auszuüben, arbeitete mit ihnen zusammen und versuchte sich nach seiner Entlarvung in die Sowjetunion zu retten.

Als nun durch die Aufdeckung ihrer Spionagetätigkeit in China die Verbrecher der sowjetischen Sozialimperialisten gegen die Revolution und den Sozialismus so offensichtlich geworden waren, versuchten sie krampfhaft, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von ihren Schandtaten abzulenken und Rache zu üben. Sie überfielen nach den faschistischen Methoden des CIA den chinesischen Diplomaten Kuan Leng-kuan und logen frech, er übe Spionagetätigkeit aus. Diese Lüge stieß aber auf wenig Glauben in der Welt. Denn auch in anderen Ländern ist die konterrevolutionäre Spionagetätigkeit der sowjetischen Sozialimperialisten bekannt. Über 40 sowjetische Agenten wurden allein in den Ländern der dritten Welt in den letzten Jahren ausgewiesen.

Die hinterhältigen Angriffe auf die VR China und auf die Diktatur des Proletariats zeigen allein, wie isoliert die sowjetischen Sozialimperialisten dastehen, wie aussichtslos ihre Versuche sind, den Vormarsch des Sozialismus aufzuhalten. Es ist, wie der 10. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas zu der konterrevolutionären Tätigkeit des Verräters Lin Biao feststellte: **"Alle Restaurationskomplotte der Bourgeoisie werden scheitern, solange unsere ganze Partei die historischen Erfahrungen fest im Gedächtnis behält und unbeirrbar die korrekte Linie des Vorsitzenden Mao befolgt".**

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten
Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert 46 Dortmund–Hörde, Postfach 526 Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund–Hörde, Postfach 526, PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466 (Verlag G. Schubert). Tel.: 231/ 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Metalltarifbewegung:

Weg mit dem Schlichtungsbetrug

In NRW und Hessen wollen die Kapitalisten, nachdem die Verhandlungen in der metallverarbeitenden Industrie für gescheitert erklärt wurden, den Schlichter anrufen. Was damit bezweckt werden soll, ist völlig klar: Es wird darauf spekuliert, daß die Kampfbereitschaft der Kollegen erlahmt, wenn sie, nachdem die Tarifverhandlungen sich schon ewig lang hingezogen haben, jetzt auch noch mit dem Schlichtungstheater hingehalten werden.



Was von Schlichtungsverfahren zu halten ist, wird schon an der Tatsache deutlich, daß für NRW als einer der beiden Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses der Sparkassenverbandspräsident Geiger benannt worden ist. Ein Vertreter des Finanzkapitals als "Unparteiischer" - es darf gelacht werden!

Aufschluß über das Wesen der Schlichtung gibt auch das Wann und Wie, unter dem sie der deutschen Arbeiterklasse aufgezwungen wurde. 1923 befand sich das kapitalistische System in Deutschland in einer tiefen revolutionären Krise. Am 23. Oktober bricht in Hamburg der Aufstand aus. Mit brutalem Terror verteidigt die Kapitalistenklasse ihre Herrschaft gegen den Ansturm des Proletariats: Die KPD wird verboten, 7 000 klassenbewußte Arbeiter, vor allem Kommunisten, werden ins Gefängnis geworfen. Zu der Vielzahl von Verordnungen, durch die die Kapitalistenklasse ihr Terrorregime über die Werktätigen vorübergehend wieder stabilisierte, gehörte auch die unter der Regierung Stresemann am 30. Oktober eingeführte Schlichtung. Sie hatte die Aufgabe, die terroristische Unterdrückung des politischen Kampfes der Arbeiterklasse insofern zu ergänzen, als durch die Schlichtung auch das Streikrecht im ökonomischen Kampf ausgehöhlt wurde.

Heute wie damals liegt auf der Hand, welche Interessen in diesen sogenannten Schlichtungsverfahren durchgesetzt werden sollen. Da setzen sich die Kapitalistenvertreter und die Vertreter des DGB-Apparates zusammen.

Fortsetzung auf Seite 4

Das sind nicht unsere Forderungen

"Du lügst, das sind nicht unsere Forderungen, sondern Eure!", so antworteten einige der 120 Kollegen, die an einer vom Ortsjugendausschuß (OJA) der IG-Metall in Hamburg einberufenen Lehrlingsversammlung teilnahmen, auf den Versuch der OJA-Bonzen, ihnen die 140,00 DM-Forderung aufzuzwingen. Denn die Hamburger Lehrlinge haben einen Existenzlohn von 600,00 DM als ihre Forderung aufgestellt und in einigen Betrieben wird der Kampf gegen den 140,00 DM-Beschiß sehr aktiv geführt. Die SDAJ, die Jugendorganisation der D"K"P-Revisionisten, stellte sich voll hinter den Verrat der IGM-Bonzen und versuchte die Existenzlohn-Forderung als "unrealistisch" hinzustellen. Als ein Kollege den Verrat der IGM-Bonzen noch einmal aufzeigte und auf die drohenden Ausschlußverfahren gegen 4 Jugendvertreter bei HDW zu sprechen kam, entzogen die Bonzen ihm das Wort. Die Antwort war ein Proteststurm der Kollegen, der die Versammlung für rund 20 Minuten lahmlegte. In dieser Situation enthüllte der neorevisionistische "Kommunistische" Bund sein wahres Wesen: die "K"B-Führer behaupteten plötzlich, es bestehe gar keine Kampffront für den Existenzlohn, sie biederten sich bei den Bonzen an, indem sie gegen den von der Partei und der ROTEN GARDE propagierten notwendigen Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition auftraten und aufriefen "die Gewerkschaft kampfstark zu machen". Obwohl dieses reformistische Gewäsch die kämpferische Stimmung der Kollegen drückte und Verwirrung schaffte, gelang es, den von D"K"P und SDAJ unterstützten Antrag der IGM-Bonzen für die 140,00 DM einzutreten, zu Fall zu bringen.

Weg mit den Ausschlußdrohungen gegen die 4 HDW-Jugendvertreter!
600,00 DM Existenzlohn für alle Lehrlinge!
Vorwärts beim Aufbau der RGO!
Vorwärts mit der KPD/ML und der ROTEN GARDE!

Die Angst der Krauss-Maffei Bosse

Die Krauss-Maffei-Bosse haben den kommunistischen Kollegen P.S. gefeuert. Sie behaupteten "Arbeitsmangel", aber in Wirklichkeit handelt es sich hier eindeutig um eine politische Entlassung. Gerade im Zeichen der Krise verschärfen die Krauss-Maffei-Bosse die Ausbeutung, treiben sie die Rationalisierung voran. Neue Maschinen werden angeschafft, ganze Abteilungen werden umorganisiert. Allein im Bereich von B 1 sind in der letzten Zeit mindestens 18 Arbeitsplätze wegrationalisiert worden. Der Kommunist P.S. ist auf mehreren Betriebsversammlungen für die Interessen der Kollegen aufgetreten. Mit seiner Entlassung sollte ein entschiedener Kämpfer aus der Mitte der Kollegen gerissen werden. Der Betriebsrat unter der Führung des IGM-Bonzen Kollenda stimmte der Entlassung zu. Aber etliche der Kollegen beteiligten sich an der Unterschriftensammlung, die der Kollege P.S. und die Partei gegen die politische Entlassung durchführten. Erschreckt mußten die KM-Bosse in einem 2. Schreiben an P.S. feststellen, "daß Sie die Kündigungsfrist dazu benutzen, durch Unterschriftenaktionen und Ähnliches innerhalb des Werksgeländes erhebliche Unruhe zu verursachen". Sie wandelten die fristgerechte praktisch in eine fristlose Kündigung um. Aber der Kollege P.S. ließ sich nicht so einfach wegjagen. Werkschutzleute wollten ihm den Werksausweis wegnehmen, sie mußten unverrichteter Dinge wieder abziehen. Angesichts der Empörung der Kollegen wagen es die Werkschutzleute nicht, gegen P.S. vorzugehen. Am nächsten Morgen großes Werkschutzaufgebot vor den Toren. Es soll verhindert werden, daß der Kommunist P.S. ins Werk zurückkehrt. Aber bei Schichtbeginn steht P.S. an seinem Arbeitsplatz in der Schleiferei. Jetzt holen die Krauss-Maffei-Bosse die Polizei ins Werk. Zwei Bullen führen den Kommunisten P.S. ab.

Ein Sieg der Krauss-Maffei-Kapitalisten? - Die Kollegen haben die Angst der Krauss-Maffei-Bosse gesehen. Viele haben ihre Solidarität mit P.S. ausgedrückt. Die Krauss-Maffei-Bosse konnten die Entlassung des Kommunisten P.S. nur mit der Polizei gegen den Willen der Kollegen durchsetzen. Das ist ein Beweis für den wachsenden Einfluß der Kommunisten und für die tatsächliche Schwäche der Kapitalisten.

Ausschlussanträge abgelehnt!

Abgelehnt hat die Mitgliederversammlung der IG Metall in Porz bei Köln den Antrag der IGM-Bonzen, zwei kommunistische Vertrauensleute der Firma Rhode & Schwarz aus der Belegschaft auszuschließen. Zuvor hatten Betriebsleitung und der reaktionäre Betriebsrat gemeinsam versucht, die der Partei sympathisierenden Vertrauensleute, von denen einer zum Sprecher des Vertrauensleutekörper gewählt worden ist, von den übrigen Kollegen zu isolieren, indem diese unter Druck gesetzt wurden. Als diese Spaltungsversuche bei den Kollegen nicht ankamen, sprang der IGM-Apparat mit den Ausschlußanträgen ein, denen die Mehrheit der Kollegen auf der Mitgliederversammlung eine Abfuhr erteilte. In einem offenen Brief an den IGM-Bonzen Wieland stellt einer der betroffenen Vertrauensleute fest: "Die fortschrittlichen Kräfte bei Rhode & Schwarz werden sich jetzt noch fester zusammenschließen gegen das Kapital und seine Handlanger."

Erfolgreiche Solidarität!

Zur Unterstützung der nach dem Streik in Bochum entlassenen Kollegen haben die Genossen der KPD/ML in Rüsselsheim in ihren Abteilungen, vor dem Ziegler und auf einer Veranstaltung insgesamt 200,-DM gesammelt. Wir haben des Geld an das Opel -Solidaritätskomitee in Bochum weitergegeben, das damit über 7000,-DM Spenden gesammelt hat. Ein gutes Beispiel für praktische Solidarität!



Streik bei MaK

von MaK, Kiel: 3.600 Beschäftigte: 50 % Rüstungsproduktion (Schützenpanzer Marder, Flak-, Brückenlege- und Bergepanzer; Rest: Motoren- und Lokbau.

Am 4. Februar wurde auf der MaK gestreikt. Wir stehen mitten in Tarifverhandlungen, am Tag des Streikes entschied die Tarifkommission die Verhandlungen für gescheitert. Die Gewerkschaftsführung im Betrieb wußte, daß sie bei diesem Streik mit dem Feuer spielte. Deshalb verwirrte sie die Kollegen mit verschiedenen Anweisungen, so daß der Streik nur in den wesentlichsten Abteilungen durchgeführt werden konnte. Die Verräter der IGM-Führung hatten nicht damit gerechnet, daß die Kollegen den Streik in die eigenen Hände nehmen wollten. Der Streik war von 9 bis 12 Uhr geplant. In dieser Zeit wollten die Kollegen nicht auf der Bank sitzen. So begannen im Panzerbau 10 Kollegen, einen Marsch durch das Werk zu organisieren und als die Kollegen den Panzerbau verließen, waren es schon 30. Und nachdem man 1 Stunde durchs Werk gezogen war, waren wir schon 150. Das ist nicht viel bei 3.600 Beschäftigten, aber hier marschierten Kollegen zum ersten Mal seit Jahren durchs Werk und sie marschierten gegen den Verrat der Gewerkschaftsführung. In der Gießerei waren auch viele ausländische Kollegen dazu gekommen, obwohl der Meister sie verzweifelt zurückzuhalten versuchte. Unser Vertrauenskörpervorsitzender lief dem Zug hinterher und meinte, er wisse gar nicht, warum man durchs Werk marschiere, man solle lieber in den Hallen bleiben. Dazugekommenen Lehrlingen rief er zu: "Ihr haltet euch da raus!" Doch die Kollegen ließen sich nicht beirren. Viele waren enttäuscht über ihre Kollegen, die nicht mitgingen. Alle stellten wir fest: "Wir müssen uns noch besser organisieren auch ohne Gewerkschaftsführung und gegen sie!"

Dieser Marsch hatte unsere Gewerkschaftsführer in Angst und Schrecken versetzt. In anderen Kieler Betrieben ließen sie verbreiten, wildgewordene Chaoten wären durchs Werk gezogen und hätten die "Internationale" gesungen. (Dies war leider nicht der Fall, muß aber beim nächsten Mal nachgeholt werden). Am nächsten Tag riefen sie eine außerordentliche Vertrauensleutesitzung ein. Hier versuchten sie, einen Vertrauensmann als Anführer herauszugreifen. Sie diffamierten ihn als "Chaoten", er wäre Einpeitscher der Chaoten bei einer SPD-Veranstaltung in der Ostseehalle gewesen, er hätte im Gericht die Internationale gesungen, als gegen zwei Gewerkschafter vom DGB-Kreisvorsitzenden Kuster ein Verfahren wegen Hausfriedensbruch (sie waren mit 50 anderen Kollegen ins Gewerkschaftshaus gegangen) angestrengt wurde. Doch die Hetze kam bei den meisten Vertrauensleuten nicht an. Viele standen hinter dem Kollegen und hinter dem Marsch. Und so mußten die Bonzen zum Schluß kleinlaut beigeben.

Noch ist die Sache nicht vorbei, bis jetzt war es ein Sieg!

Vorwärts zum Aufbau einer revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Fristlos gekündigt

Im vergangenen Jahr bewarb ich mich in einem Großbetrieb in Norddeutschland. Einen Monat lang wurde meine Einstellung hinausgezögert - wegen des "drohenden" Streiks. (Damals lief gerade eine Urabstimmung der IGM)

In meiner letzten Probewoche ging ich zum Betriebsrat, um mich bei der IGM umzumelden. "Das läuft alles über den Computer in Frankfurt, da sind alle Angaben", wurde mir gesagt. Das war am Montag.

Am Freitag wurde mit wegen "schlechter Leistung" fristlos gekündigt. "Sie brauchen gar nicht wiederzukommen, der Werkschutz läßt sie nicht rein", hieß es.

Ich mußte allerdings wieder eingestellt werden. Ein trauriger Witz. Die Kündigung mußte nämlich deshalb aufgehoben werden, weil ich mein zweites Kind erwarte und unter Mutterschutz stehe.

Die Betriebsräte? "Jetzt stehen Sie unter Mutterschutz. Eine schriftliche Zurücknahme der Kündigung kriegen Sie wahrscheinlich nicht, weil die Firma Sie vielleicht nach Ablauf der Schonfrist entlassen wird".

So wenig wie die reaktionären Betriebsräte jetzt gegen meine Kündigung getan haben, so wenig werden sie auch nach Ablauf der "Schonfrist" dagegen tun. Im Gegenteil. Ich habe zwar keine Beweise dafür. Aber meine Entlassung so kurz nach der Anfrage bei der Verwaltungsstelle der IGM in Frankfurt scheint mir kein Zufall zu sein. Denn ich bin der IGM-Verwaltungsstelle, zu der der Betrieb gehört, in dem ich früher gearbeitet habe, gut bekannt als kommunistische Gewerkschafterin. Schon dort hat mich nur die Geburt meines Kindes davor bewahrt, aus dem Betrieb geworfen zu werden.

Genossen und Gewerkschaftskollegen. Auf die schändliche Niedertracht dieses Systems gibt es nur eine klare Antwort:
Das große Ziel der KPD/ML - die Diktatur des Proletariats !
Vorwärts mit der KPD/ML !

Das ist die Partei Ernst Thälmanns

Vor zwei Wochen verkaufte ich einem Freund und RG-Sympathiesanten wie üblich den ROTEN MORGEN. Dieser Kollege arbeitet als Eisenbahnlehrling am Nürnberger Bahnhof. Ein Betriebsrat nahm den ROTEN MORGEN mit und las ihn während seiner Pause. Eine Stunde später ging der Betriebsrat - den ROTEN MORGEN unter'm Arm - zu einer Gewerkschaftsversammlung. Hier sprach einer der üblichen Gewerkschaftsbonzen über die Verhaltensregeln bei der Tarifrunde.

Der Kollege (er las das erste Mal den ROTEN MORGEN) ging daraufhin aufs Rednerpult und zitierte den ROTEN MORGEN. Er las vor und entlarvte die üblichen Tricks der Gewerkschaftsführung. Er betonte, daß dies die Partei Ernst Thälmanns sei und nur sie die Nachfolgerin der KPD sein könnte.

Daraufhin erkundigten sich viele Kollegen (der Betriebsrat ist ein angesehener Kollege unter den Nürnberger Eisenbahnern), wo er diese Zeitung herhätte und wie sie zu beziehen sei.

Bürgerschaftswahl in Hamburg

Antikommunistische Hetze

Die Bourgeoisie war gezwungen, die KPD/ML an den Bürgerschaftswahlen in Hamburg zuzulassen. Vor allem die modernen Revisionisten, diese Agenturen des Kapitals, hetzen jetzt wutschnaubend gegen die Partei. "Provokateure","Karrieristen"heißt es in einer Stellungsnahme des Bezirksvorstandes Hamburg der D'K'P.

Warum sind die Revisionisten so wütend? Weil sie genau wissen, daß die Beteiligung einer echten marxistisch-leninistischen Partei an der Wahl es ihnen schwerer macht, die Hamburger Arbeiter und andere Werktätige über ihren wahren Charakter zu betrügen. Und so schreien die Revisionisten, diese Agenten des Monopolkapitalismus, wie der ertappte Dieb: Haltet den Dieb, beschimpfen lauter als bisher die KPD /ML als Kumpan des Kapitals.

In ihrer Hetze gegen die KPD/ML erhalten die D'K'P-Revisionisten Schützenhilfe von den opportunistischen Zirkeln. "Stimmt ungültig" ist die Parole der GRF bei der Hamburger Bürgerschaftswahl "SPD, CDU, FDP, NPD, DKP, ESP, SSU, AUD, KPD/ML, DP - Diese Parteien sind nicht deine Parteien." Die KPD/ML in einer Reihe mit den konterrevolutionären Parteien des Kapitals ! - Damit argumentiert die GRF nicht anders als die D'K'P-Revisionisten.

Die GRF-Führer haben bisher auf unterschiedlichste Art und Weise die KPD/ML angegriffen. Sie haben sie als sektiererisch beschimpft, sie haben den Vorsitzenden der Partei persönlich verleumdet, sie haben solch üble Elemente wie den aus der Partei ausgeschlossenen Conny als 'Argument' gegen die Partei benutzt.

Bis heute haben sie allerdings kein einziges Mal auch nur den Versuch gemacht, auch nur in einem Punkt politisch zu beweisen, daß die KPD/ML keine marxistisch-leninistische Partei mehr ist, daß sie revisionistisch entartet ist. Der neuerliche Angriff auf die KPD/ML anläßlich der Hamburger Bürgerschaftswahl ist ein warnendes Beispiel dafür, wohin es führt, wenn der Karrierismus einiger kleinbürgerlicher Führer die Politik einer Organisation bestimmt und nicht das Interesse der Massen, der Wille zur Einheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus: zu offenem Antikommunismus. Denn nichts anderes bedeutet es, wenn die GRF-Führer die KPD/ML vor den Massen auf eine Stufe mit konterrevolutionären Parteien des Kapitals stellen.

Die Teuerung frißt an der Rente



RUDE KAPPES JAN. 74
Stadtteilzeitung der KPD/Marxisten-Leninisten für Nippes
Das Neujahrsgeschenk von Regierung und Rathaus:
Alles wird teurer

Die Rentner sind durch die Inflation besonders betroffen. Diejenigen, die neben ihrer kleinen Rente noch Sozialhilfe kriegen, werden jedes Jahr neu beschissen.

Eine Rentnerin sagte uns: "Was hab ich denn davon, wenn meine Rente um ein paar Mark erhöht wird. Etwas später wird meine Sozialhilfe um den gleichen Betrag gekürzt. Da bleibt mir immer das gleiche, auch wenn alles teurer wird."

Mit 168 DM muß ein Sozialhilfeempfänger im Monat leben. Man kann nur staunen, wie ein Rentner mit diesen paar Groschen überhaupt leben kann.

Eine andere Rentnerin erzählte uns: "Ich habe vor drei Jahren beim Versorgungsamt eine Schadensausgleichrente beantragt, weil mein Mann im Krieg gefallen ist. Jetzt ist die Rente bewilligt worden und die Rentennachzahlung beträgt knapp 2 000 DM. Ich wollte mir davon was anschaffen und meinen Kindern was kaufen. Jetzt hat das Sozialamt den ganzen Betrag kassiert, weil ich bisher Sozialhilfe nötig hatte. (Aus: Rude Kappes, Stadtteilzeitung der KPD/ML für Köln-Nippes).

Kriegsminister bescheinigt D'K'P:

Keine subversive Tätigkeit

Ein Mitglied der revisionistischen D'K'P schreibt ein Flugblatt gegen die revanchistische Rede eines Oberleutnants, in der er auch gegen die "subversive Tätigkeit" der D'K'P in der Bundeswehr wettert. Der Oberlautnant kriegt von allerhöchster Stelle eins aufs Dach.

Nach Protesten von Rechtsanwälten der D'K'P kommt folgendes Schreiben aus Bonn:

"Der Bundesminister der Verteidigung, 5300 Bonn 1, den 13. 1. 72

Betrifft Verteidigungsrede Oberleutnant Wirth, Marburg . . .

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,

eine dienstrechtliche Würdigung der von Ihnen beanstandeten Rede hat ergeben, daß der Hinweis auf eine angeblich subversive Tätigkeit der Deutschen Kommunistischen Partei in der Verteidigungsansprache unangebracht war. Es ist sichergestellt, daß derartige Verlautbarungen in Zukunft unterbleiben.
Hochachtungsvoll im Auftrag
(Dr.Gummersbach)

Kommentar der D'K'P-Revisionisten: "Nach diesem Schreiben hat kein Offizier der Bundeswehr das Recht, die DKP zu verdächtigen! Jeder Wehrpflichtige kann sich auf dieses Schreiben stützen, wenn sich Offiziere von der Art des Herrn Wirth weiterhin in parteipolitischen Ausfällen gegen kommunistische Bundesbürger ergehen."

Ein Kommentar ist wohl überflüssig.

Fortsetzung von Seite 3:

Und diese Feinde der Arbeiterklasse bestimmen dann die "Unparteiischen". Ziel des ganzen Schwindel ist es, in den Situationen, in denen die DGB-Führung es sich angesichts der Kampfbereitschaft in den Betrieben nicht leisten kann, sich während der Tarifverhandlungen allzu gütig mit den Kapitalisten zu einigen, in der Arbeiterschaft den Eindruck zu erwecken, jetzt würde nicht mehr nach Klasseninteressen verfahren, sondern auf Grund "objektiver Sachzwänge zum Wohl der Allgemeinheit" entschieden.

Wenn die Kollegen zur Durchsetzung ihrer Forderungen zum Kampf gegen die Kapitalisten entschlossen sind, wird ihnen mit den Schlichtungsausschüssen ein Gremium vor die Nase gesetzt, das die Zusammenarbeit der Klassen zum Gebot der Stunde erklärt. Daß die Kapitalisten - unterstützt durch ihre jeweilige Regierung und durch die bürgerliche Presse - ihre Profitinteressen zum Interesse der "Allgemeinheit" erheben, ist eine bekannte Sache. Aber mit diesem Taschenspielertrick steht und fällt das ganze Schlichtungstheater.

Tatsache ist, daß diese vielbeschworene "Allgemeinheit" eine Klassengesellschaft ist, in der sich hauptsächlich zwei Klassen, die Kapitalistenklasse und die Arbeiterklasse, im unversöhnlichen Klassenkampf gegenüberstehen. Die Interessen der Arbeiter sind denen der Kapitalistenklasse völlig entgegengesetzt. Die Kapitalisten wollen ihre Profite steigern, sie verschärfen darum die Ausbeutung und versuchen, die Löhne der Arbeiter möglichst niedrig zu halten. In den ökonomischen Tageskämpfen setzt sich die Arbeiterklasse dagegen zur Wehr, aber über die Tageskämpfe hinaus ist ihr objektives Klasseninteresse auf die proletarische Revolution, auf die Zerschlagung des Systems der Ausbeutung und Lohnsklaverei, auf den Aufbau des Sozialismus gerichtet.

Bei dieser Sachlage gibt es nichts zu schlichten. Jedes Gremuim, das die Arbeiterklasse zur Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse zwingen soll, soll das Proletariat an der Durchsetzung seiner Klasseninteressen hindern. Darum: Weg mit dem Schlichtungsbetrug!

Gegen Lohnraub, Teuerung, und politische Unterdrückung! Vereinigt euch im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger!

SOLDATENKORRESPONDENZEN

"Jetzt brauchen sie nur noch KZ 's, diese Nazis."

Korrespondenz. Ein Fähnrich hält Unterricht über biologische Kampfmittel. Er betont ihre große Wirksamkeit:"Chemische Kampfmittel halten nicht so lange. Bakterien aber verpflanzen sich schnell, sind schwer entdeckbar und lassen sich kaum nachweisen. "Mit einer Leichtigkeit, als wenn er über Wetter redet, fährt er fort, "Wir unterscheiden drei Wirkungsstufen:

- leichte, die nur Übelkeit hervorrufen und kampfunfähig machen

- schwere, die Malaria und wachsendes Fieber hervorrufen. Die werden gegen Partisanen eingesetzt, die hinter den Reihen kämpfen.

- toxische, die innerhalb von Stunden oder Tagen töten."

Als wir das hören, fällt bei uns der Hammer: "Massenmörder, Faschist", sagen einige. "Da siehst du,wie sie auf einen Krieg zugehen."

Der Vorgesetzte des Fähnrich wird gefragt:"Hat die Bundeswehr biologische Kampfmittel ?" Antwort:"Nein, nur der ABC-Versuchstrupp zu Experimenten." Aber vorher hatte er bereits zugegeben, daß diese Mittel ganz einfach "in einer Waschküche" hergestellt werden können.

Jetzt will er sich herausreden: "Wir - die BRD - haben bisher als einziges Land den Vertrag über Nichtbesitz und - Einsatz von biologischen Kampfmitteln unterzeichnet." **Der Fähnrich stellt wenige Minuten später aber klar, daß die Bundeswehr diese Kampfmittel im Ernstfall von den Amis bekommt, genauso wie die Nuklearsprengkörper für die schon vorhandenen Trägerwaffen der Bundeswehr.**

Abschließend die Frage, wie man sich vor biologischen Kampfmitteln schützen kann. Der Fähnrich: "Wenn sie vergiftetes Wasser oder ähnliches vermuten, dann ganz einfach Gefangene oder Tiere vorkosten lassen." Ein Kamerad ruft dazwischen:"Aber das ist gegen das Völkerrecht!" Der Fähnrich:"Auch wenn's gegen das Völkerrecht ist."

Die meisten Kameraden sind erschüttert. Einer sagt:"Hörst du, Gefangenen vorkosten lassen . . . Jetzt brauchen sie nur noch KZs, diese Nazis."

Kommentar:

Immer wieder mußten die Imperialisten in den Kriegen, die sie gegen die Völker und gegen die unterdrückten Volksmassen im eigenen Land führten, erleben, daß ihre ausgeklügelsten Pläne daran scheiterten, daß die Soldaten sie nicht ausführten, sondern in vielen Fällen die Waffen gegen die Imperialisten selbst richteten. In ihrer Angst vor dem Widerstand des Volkes und der Soldaten entwickeln die Imperialisten fieberhaft immer modernere Waffensysteme, Kampfmittel, die sie vom Menschen unabhängig machen sollen. "Die Technik entscheidet alles", sagen sie und wollen den Völkern einreden, daß sie mit atomaren, chemischen und biologischen Kampfmitteln unbesiegbar sind.

Aber die Tatsachen sehen anders aus: auch moderne Kampfflugzeuge müssen von Piloten geflogen werden, und diese Piloten ließen zum Beispiel in Kambodscha schon mehrere Male ihre Raketen nicht auf die kambodschanischen Befreiungskämpfer, sondern auf den Palast Lon Nols fliegen; trotz ihrer supermodernen Waffen unterlagen die US-Imperialisten im mutigen, langandauernden Volkskrieg des vietnamesischen Volkes.

Auch die Westdeutschen Imperialisten erleben Tag für Tag, daß der Widerstand der Soldaten in der Bundeswehr wächst. Genauso zeigt sich heute schon, daß auch die ABC-Waffen der westdeutschen Imperialisten ihre Herrschaft nicht sichern werden. Was sie damit erreichen ist: wachsender Haß, wachsende Bereitschaft gegen dieses verbrecherische System zu kämpfen - solange bis es durch den bewaffneten Kampf des Volkes am Boden zerstört ist.
Im Ernstfall dreht die Gewehre um.



"Dem,würd ich sagen : hau ab. ."

Korrespondenz. Thema: Wachausbildung als Streifenwache. Geübt wird die Untersuchung von Personen, die sich "Straftaten gegen die Bundeswehr" verdächtig machen.

"Strafbare Handlungen gegen die Bundeswehr" verhindern, ist sowieso nichts, wofür sich die Kameraden erwärmen können.

"Möglichst rabiat" - "Den inneren Schweinehund überwinden"- so sollen die Kameraden "scharfgemacht" werden. Die Reaktion vieler: "Ist mir doch egal, ob da einer was klaut. **Dem würd ich sagen: Hau ab und ihm noch die beste Stelle am Zaun zeigen.** Aber schießen käm nie in Frage."

Die Vorgesetzten dagegen gehen für das Eigentum des kapitalistischen Staates über Leichen. Ein Fähnrich:" Bei mir hätte ein Dieb nichts zu bestellen. Weh dem, wenn ich Streife gehe." Ein Kamerad: "Da gibts sicher Tote bei ihnen? " "Ja, da gibt's Tote bei mir" und haut mit der Faust durch die Luft.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

USA

Nationalgarde gegen streikende Fernfahrer

90% der Fernfahrer in den USA streikten Ende Januar / Anfang Februar mehrere Tage lang. Sie forderten: Senkung der Dieselölpreise, auf den Stand vom Mai 1973 und sofortige Aufhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung. Streikbrecher wurden in militanten Aktionen bekämpft. Die Versorgung von 36 Bundesstaaten wurde durch diesen Streik erheblich gefährdet.

Das ist nur ein Beispiel für den wachsenden Klassenkampf in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Während die US-Imperialisten mit aggressiver Politik versuchen, ihre Vormachtstellung in der Welt aufrechtzuerhalten und dabei vor Raubkriegen, Militärputschs, Unterdrückung und Mord nicht zurückschrecken, während sie im Kampf gegen die Völker der Welt und im Ringen mit dem Sozialimperialismus nach der Weltherrschaft streben, stehen sie gleichzeitig im eigenen Land im Kampf mit ihrem schärfsten Gegner: Der Arbeiterklasse und den übrigen amerikanischen Werktätigen.

Das amerikanische Volk bezahlte die Raubzüge seiner Ausbeuter mit Elend und Not. Nach offiziellen Angaben sind 6% der Bevölkerung arbeitslos - und diese Quote ist auf jeden Fall zu niedrig, da ein arbeitsloser Kollege in den USA nach 6 Wochen keine Unterstützung mehr bekommt und aus den Arbeitslosenlisten gestrichen wird. Allein im Dezember 1973 wurden erneut 170 000 Arbeiter auf die Straße geworfen! In den Slums der Großstädte hungert das Volk, ernähren sich Kinder aus Mülltonnen, sterben Säuglinge an Rattenbissen. Während die korrupte Nixon-Regierung den Militäretat auf die Rekordhöhe von 87 Milliarden Dollar hochschraubte, kündigte sie gleichzeitig für 1974 eine Inflationsrate von über 6% an! Die US-Gefängnisse sind voll mit politischen Häftlingen. Immer wieder kommt es zu Gefangenenrevolten.



Das amerikanische Volk kämpft gegen Preissteigerung und Arbeitslosigkeit, gegen die Raubkriege der US-Imperialisten.

Brutal knüppelte die Nationalgarde Demonstrationen nieder, schoß sie in die Menge bei den Kämpfen der Studenten und Neger.

Gegen die Ausplünderung der Werktätigen, gegen die Raubpolitik der US-Imperialisten haben die Volksmassen in den USA den Kampf aufgenommen. Im vergangenen September streikten 110 000 Chrysler-Arbeiter in 87 Städten der USA um mehr Lohn. Mitte Januar traten 7 000 Kollegen in New York in den Streik. Gegen die korrupten, vom CIA gekauften Gewerkschaftsführer kämpften die Kollegen um höhere Löhne und gegen die Teuerung. Immer wieder kommt es in den Negervierteln der Städte zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Polizei und den Massen. Auch im antiimperialistischen Kampf steht das amerikanische Volk fest auf der Seite der unterdrückten Völker der Welt. Das zeigten nicht zuletzt die Kämpfe gegen den verbrecherischen Raubkrieg der US-Imperialisten in Vietnam.

Der spontane Kampf in den USA wächst täglich. Auch wenn heute der Einfluß der CIA-Gewerkschaften noch stark ist, auch wenn moderne Revisionisten und Trotzkisten versuchen, das Volk in die Irre zu führen: Letztlich wird es das Volk in den USA sein, das dem räuberischen US-Imperialismus den Todesstoß versetzt !

Bolivien :

Ein Volk kämpft gegen Elend und Unterdrückung

Ende Januar verdoppelte das Banzer-Regime in Bolivien die Preise für Brot, Mehl, Reis, Spaghetti, Zucker und Kaffee und erhöhte die Buspreise um 30 %. Für das bolivianische Volk, dem in den letzten 15 Monaten Preissteigerungen von 140 % aufgezwungen wurden, bedeutet das eine Katastrophe. Schon heute leiden weite Teile der Bevölkerung an Unterernährung, stirbt in den Zinngrubengebieten jeder zweite Säugling. Geschlossen erhoben sich Arbeiter, Bauern, Hausfrauen, Studenten, kleine Angestellte und Beamte gegen diesen neuen Anschlag auf das Lebensrecht der Werktätigen. Innerhalb weniger Tage weitete sich der Kampf gegen die Teuerung aus zum Kampf gegen die politische Unterdrückung durch die Banzer-Faschisten.

22.1.: In La Paz streiken 50.000 Arbeiter. Hausfrauen und Studenten gehen in gewaltigen Demonstrationen auf die Straße. 24.1.: 100.000 Bergleute treten in den Streik gegen die Preiserhöhungen, für höhere Löhne. In Cochabamba treten 12.000 Bauern und Landarbeiter in einen mehrtägigen Streik. 25.1.: Bank- und Versicherungsangestellte in der Hauptstadt schliessen sich der Streikfront an.

Das faschistische Banzer-Regime, 1971 durch Millionen US-Dollars vom CIA an die Macht geputscht, fühlt sich bedroht. Seit Jahren unterdrücken diese Marionetten des US-Imperialismus den Freiheitswillen des Volkes. Weltbekannte CIA-Agenten wie Innenminister Selich sitzen in der Regierung, Banzer selbst wurde von den US-Imperialisten ausgebildet. 2.000 politische Häftlinge werden in den Kerkern festgehalten. Fortschrittliche Menschen wurden zu Tode gefoltert, Knechtung und Elend für das bolivianische Volk, damit sich die US-Imperialisten an den Bodenschätzen, vor allem an den Zinnvorkommen des Landes bereichern können. Auch die westdeutschen Imperialisten verdienen nicht schlecht dabei. Ein Großteil der Kompradorenbourgeoisie, wie Banzer selbst, ist deutscher Abstammung.

Mit dem Angstschrei "Schlagt die Kommunisten tot" verhängt Banzer am 28.1. den Belagerungszustand. Aber die Volksmassen kämpfen weiter - nun auch gegen die faschistische Unterdrückung. Die Bauern von Cochabamba errichten Barrikaden, der Chef der Sicherheitstruppen der Stadt wird von den aufgebrachten Massen festgenommen. Blutig schlagen die Banzer-Faschisten den Aufstand zusammen. Mindestens 25 Menschen sterben in den Maschinengewehrsalven der Regierungstruppen. Aber auch dieser Terror bringt nicht die gewünschte Friedhofsruhe. Am 4.2. streiken 4.800 Minenarbeiter und erklären sich mit den Bauern von Cochabamba solidarisch. Sie fordern Aufhebung des Belagerungszustandes. Überall im Land rufen Geheimsender zum organisierten, bewaffneten Widerstand auf.

Auch wenn es den Banzer-Faschisten noch einmal gelingen sollte, die Flamme des bewaffneten Kampfes zu ersticken, - sie können den Brand nicht zertreten! Das bolivianische Volk wird um seine nationale Freiheit, gegen Imperialismus und Faschismus und einheimische Reaktion kämpfen bis zum Sieg!

Demonstration in Düsseldorf am 16.2.

Solidarität mit dem kämpfenden spanischen Volk

Noch haben die Franco-Faschisten das Todesurteil gegen Genossen Salvador Puig Antich, Mitglied der iberischen Befreiungsbewegung, nicht aufgehoben. In aller Welt hat dieses Todesurteil einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Im Kampf um Leben und Freiheit von Genossen Antich, der einen Geheimpolizisten getötet haben soll, schlossen sich Kommunisten und Antifaschisten weltweit in einer breiten Front zusammen. Die FRAP hat in der DBR zu einer mächtigen Demonstration aufgerufen, an der sich auch unsere Partei und viele andere revolutionäre und fortschrittliche Organisationen beteiligen.

In seiner Todesangst vor dem stürmisch anwachsenden Kampf der Massen in Spanien gegen Imperialismus und Faschismus schlägt der Franco-Faschismus immer verzweifelter um sich. Auf offener Strecke werden heute in Spanien Eisenbahnzüge angehalten und von Polizei durchsucht. Polizisten sperren in Blitzaktionen ganze Straßenzüge ab, kontrollieren Bewohner und Passanten. Mit einer breiten Verhaftungswelle versuchten die Faschisten in den letzten Wochen, den Kampf der Massen zu ersticken. Allein in der vergangenen Woche wurden 22 Kämpfer festgenommen, weil sie Mitglieder der FRAP sein sollen.

Bei ihrer blutigen Unterdrükkung werden die spanischen Faschisten auch von den westdeutschen Imperialisten unterstützt. Spanische Kollegen, die sich an Streiks oder Demonstrationen beteiligten, wurden ausgewiesen und in die Folterkammern Spaniens geschickt. Heute steht in Rüsselsheim wieder ein spanischer Kollege vor deutschen Gerichten: Rafael Martinez, Arbeiter bei Opel-Rüsselsheim, der während einer Vietnamdemonstration von Polizisten zusammengeknüppelt wurde. Ihm droht die Ausweisung.

Aber der heldenhafte revolutionäre Kampf des spanischen Volkes ist nicht zu ersticken! "Für jeden gefallenen Kämpfer wächst eine Vielzahl neuer hervor. Zusammengeschlossen in der Revolutionären Antifaschistischen, Patriotischen Front - FRAP, der legitimen Vertreterin des spanischen Befreiungskampfes, die nach mehrjähriger Vorbereitungszeit jetzt proklamiert wurde, kämpft das spanische Volk für seine Befreiung. An der Spitze die Arbeiterklasse, die Bauern und die Jugend, geführt von der PCE/ML", heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der PCE/ML und der KPD/ML zur Demonstration am 16.2.1974 in Düsseldorf.

ES LEBE DER BEFREIUNGSKAMPF DES SPANISCHEN VOLKES!
WEG MIT DEM TODESURTEIL GEGEN SALVADOR PUIG ANTICH!
NICHT FRANCO, NICHT KÖNIG, NICHT YANKEE – FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK SPANIEN!
SIEG IM VOLKSKRIEG – KLASSENKAMPF IM EIGENEN LAND!
KOMMT ZUR DEMONSTRATION AM 16.2.1974 IN DÜSSELDORF! 11.oo UHR, SCHADOW–PLATZ!

Hört die revolutionären Sender!

ACHTUNG! Auf vielfachen Hörerwunsch sendet Radio Tirana für die deutschen Hörer die Sendung von 21.30 bis 22.00 Uhr nun auch auf Mittelwelle 215 Meter. Damit wird nun auch das Programm, das für Westdeutschland bestimmt ist, auf Mittelwelle ausgestrahlt.

Wie bekannt, sendet Radio Tirana täglich acht mal drei verschiedene Programme.

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30 Immer: 43,7 – 42,8
21.00 - 22.00 und 26,2 Meter



Breshnew in Bonn - nicht nur eine freundliche Erinnerung für die Imperialisten. Tausende demonstrieren in Dortmund gegen



den neuen Zaren im Kreml. Prügelnde Polizisten zeigen der Bevölkerung, was von Imperialistenfreundschaft zu halten ist.

Hetze gegen die Souveranität der DDR

In den letzten Wochen haben westdeutsche Staatsorgane mehrfach dagegen protestiert, daß DDR-Behörden auf ihrem eigenen Territorium an den Zufahrtswegen nach Westberlin Verkehrskontrollen durchführten. Auch die westdeutsche Imperialistenpresse beschwerte sich darüber, daß bis zu dreimal die Personalien von Reisenden überprüft sowie Kofferraum und Handschuhfach durchsucht worden seien.

Bonn läßt keine Möglichkeit offen, um immer wieder vor aller Welt zu betonen, es habe ein "Recht auf freie Zufahrt" nach Westberlin.

Um was geht es den westdeutschen Imperialisten? Wollen sie dafür sorgen, daß die Werktätigen Westdeutschlands ungehindert ihre Verwandten und Bekannten in Westberlin besuchen können?

Gewiß nicht. Die westdeutschen Imperialisten haben sich noch nie um die Interessen der werktätigen Bevölkerung gesorgt.

Ihnen geht es darum, ihre revanchistischen Ansprüche zu propagieren, überall deutlich zu machen, daß ihr Appetit mit der Annexion Westberlins noch lange nicht gestillt ist, daß sie weiterhin beanspruchen, sich eines Tages auch die DDR einzuverleiben und daß es daher auch ihr Recht sei, über die Zufahrtswege nach Westberlin zu bestimmen.

Bonns Proteste gegen Verkehrskontrollen auf dem Territorium der DDR sind eine eindeutige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR.

Daran ändert sich auch nichts, wenn sich die westdeutschen Imperialisten auf das Westschen Imperialisten auf das Westberlinabkommen, das bereits den Rahmen für das Transitabkommen steckte, berufen: Diese Abkommen über Westberlin sowie über die Zufahrtswege nach Westberlin wurde beschlossen, ohne daß die DDR an diesen Verhandlungen teilgenommen hat. Die revisionistische DDR - Führung wurde von ihren Oberherrn im Kreml vor vollendete Tatsachen gestellt.

Damit haben die sowjetischen Sozialimperialisten die souveränen Rechte der DDR zugunsten des westdeutschen Imperialismus geleugnet und die Interessen des deutschen Volkes mit Füßen getreten.

Das deutsche Volk wünscht weder die Annexion Westberlins noch eine Wiedervereinigung unter dem westdeutschen Imperialismus. In der Erklärung des ZK zur nationalen Frage heißt es:

"Die Werktätigen, die Arbeiterklasse der DDR haben kein Interesse daran, die Herrschaft ihrer revisionistischen neuen Bourgeoisie durch die Wiedereroberung der Macht durch die alte imperialistische Bourgeoisie einzutauschen. Sie verteidigen die noch bestehenden im Sozialismus erreichten Errungenschaften gegen die Angriffe der neuen Bourgeoisie. Sie erkennen, wie die Werktätigen der anderen revisionistischen Länder Osteuropas, mehr und mehr, daß nur der Kampf gegen die sowjetische Sozialimperialistische Besatzungsmacht und der Kampf für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in einer zweiten proletarischen Revolution ihre Lage entscheidend ändern und den Sozialismus wiedererrichten kann.

Die westdeutsche und Westberliner Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei, die KPD/ML, stehen in diesem Kampf fest auf Seiten unserer Klassenbrüder in der DDR, ihrer marxistisch - leninistischen Vorhut und wird sie im Kampf um die Erhaltung der im Sozialismus erreichten Errungenschaften und die Wiedererrichtung der Macht der Arbeiterklasse, der proletarischen Diktatur voll unterstützen.

Weder Moskau noch Bonn haben das Recht, über das Territorium der Werktätigen der DDR zu bestimmen. Bonns Proteste gegen Verkehrskontrollen auf dem Territorium der DDR bleiben - trotz aller imperialistischen Verträge mit Moskau-eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR.

'Energiekonferenz' in Washington Verzweiflungsakt des US Imperialismus !

Trotz Nixons Drohungen haben die arabischen Länder standhaft ihren Ölboykott gegen die USA aufrechterhalten. Nixons Apelle an Westeuropa und Japan, gemeinsam gegen die arabischen Länder vorzugehen, fanden wenig Anklang. Die "Energiekonferenz" in Washington soll dies nun - so der Wunsch Nixons - ändern. Mit Drohungen und Versprechungen will Washington die erdölverbrauchenden Länder unter seinem Oberbefehl organisieren und diese imperialistische Front gegen die erdölfördernden Länder richten, um sie vor dem US-Diktat auf die Knie zu zwingen.

Doch Wünsche und Wirklichkeit sind oft zweierlei. Denn tatsächlich gerät der US-Imperialismus immer mehr in die Isolation.

Mehr denn je beharren die arabischen und die anderen erdölfördernden Länder darauf, über die Ausnutzung ihrer nationalen Reichtümerquellen eigenständig zu verfügen. Drohungen und Erpressungen werden die erdölfördernden Länder nicht auf die Knie zwingen, sondern sie werden verstärkt Widerstand leisten. Verschiedene arabische Länder haben erklärt, sie würden ihre Ölquellen eher in die Luft jagen, als sie der unumschränkten Herrschaft der US-Imperialisten wieder zu überlassen. Hier werden die US-Imperialisten auf Stein beissen.

Nicht einmal eine geschlossene Kampffront der Imperialisten gegen die erdölfördernden Länder wird die "Energiekonferenz" der US-Imperialisten zustande bringen.

Bereits im Verlauf der israelischen Aggression gegen die arabischen Länder lehnten die westeuropäischen und japanischen Imperialisten es ab, sich völlig zum Werkzeug der hegemonistischen Interessen des US-Imperialismus machen zu lassen. Sie nutzten vielmehr die Situation für ihre eigenen imperialistischen Interessen und legten soviel Distanz wie möglich zwischen sich und dem US-Imperialismus, um mehr Unabhängigkeit zu gewinnen, sowie selbst aus der Schußlinie des Ölboykotts zu kommen.

Die westdeutschen Imperialisten z.B. taten dies, indem sie zum einen eine gemeinsame Erklärung unterschrieben und ihre eigenen Beziehungen zu den arabischen Ländern ausweiteten. Zum andern versuchten sie sich größere Unabhängigkeit vom US-Imperialismus zu schaffen, indem sie Verträge über Öllieferungen mit dem SU-Imperialismus abschlossen.

Gerade die Ölkrise wird nicht zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den beiden Supermächten und den anderen imperialistischen Mächten führen, sondern zu noch schärferer Konkurrenz. So erklärten die französischen Imperialisten, bevor die Konferenz überhaupt begonnen hat, sie würden sich nicht an irgendwelchen Organisationen beteiligen, sondern nur aus Höflichkeit teilnehmen und geleitet von dem Wunsch, daß Europa eine gemeinsame Haltung beweisen könne.

Die Zeiten, da der US-Imperialismus den erdölverbrauchenden und erdölfördernden Ländern sein Diktat aufzwingen konnte, sind vorüber. Washingtons Versuche, diese Entwicklung durch eine "Energiekonferenz" zu stoppen, sind verzweifelte Versuche einer immer mehr isolierten und zum Untergang verurteilten Supermacht.

AMI GO HOME!



In Berlin fährt der 84 Bus von der Kurfürstenstraße nach Lichterfelde und "beliefert" somit direkt die amerikanischen GI-Kasernen. Als Besatzer fahren sie kostenlos und genauso kostenlos meinten sie, daß sie sich den Spaß leisten können, in den Doppeldeckerbussen oben immer die Sitzbänke aufzuschlitzen. Das geschah täglich. Jetzt werden hauptsächlich die einstökkigen Busse eingesetzt, damit man die Herren Besatzer besser im Auge hat.

Vor einiger Zeit lümmelte so ein GI mit ausgestreckten Beinen auf einer Bank auf dem U-Bahnhof Wittenbergplatz. Einige Berliner wiesen ihn zurecht: "Das ist eine Sitzbank und keine Liegebank. Nimm die Beine runter.' Das Unterdrückersöhnchen schrie empört auf Englisch, daß er sich gar nichts sagen lasse auf Deutsch, dazu mußten die blöden Deutschen erst mal Englisch lernen. Es war mir ein Vergnügen, ihm in seiner Muttersprache ins Gesicht zu sagen, wie unerwünscht nicht nur seine Füße auf der Bank, sondern seine Gattung überhaupt in Berlin sei. Die umstehenden Berliner, fast alles alte Arbeiter, zeigten nun alle ihren Unmut. "Die leben von unseren Steuergeldern, in unseren Häusern! Die brauchen wir nicht!' Vielleicht hatte der GI-Schnösel gedacht, daß er die Berliner Arbeiterklasse mit Luftbrücke und Carepaket wie der Teufel die armen Seelen eingekauft hatte. Irrtum! Sollen sie sich mal weiter unbeliebt machen, bis das Maß bei allen voll ist.

AMI GO HOME!

KOMMENTAR:

Daß die US-Imperialisten unser Land besetzt halten und sich einbilden, sie könnten in Zusammenarbeit mit den westdeutschen Imperialisten hier schalten und walten, wie es ihnen paßt, das zeigt nicht nur die Tatsache, daß sie der Bevölkerung gegen ihren Willen überall Bombenabwurfplätze, Truppenübungsplätze, Atomstellungen und Raketenbasen aufzwingen wollen. Auch das Verhalten dieses GI in Westberlin ist ein Beispiel dafür, wie frech die US-Imperialisten als Besatzermacht mit dem deutschen Volk umspringen wollen.

Gewiß - nicht jeder GI in der DBR und Westberlin ist subjektiv auch ein Agent des amerikanischen Imperialismus. Die meisten von ihnen sind Menschen aus dem Volk, die lieber heute als morgen in ihr eigenes Land zurückkehren würden. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die US-Truppen objektiv eine imperialistische Besatzermacht sind, die den Interessen der amerikanischen Imperialisten Nachdruck verleihen sollen, die von hier aus besser für die Raubkriege der USA auszuschicken sind, die gegen die Interessen des deutschen Volkes eingesetzt werden. Daß diese Truppen von den US-Imperialisten auch dazu erzogen werden, mit Verachtung auf das deutsche Volk herunterzublicken, und daß diese Erziehung bei einem Großteil der Soldaten auch zu diesem Ergebnis führt, liegt auf der Hand. So wie dieser GI verhielten sich imperialistische Besatzertruppen noch immer in der Geschichte: egal, ob es sich um deutsche Soldaten in Frankreich oder der UdSSR, um englische Truppen im Nahen Osten vor dem 2. Weltkrieg, oder um italienische Söldner in Albanien handelte. Diese verächtliche Haltung der Besatzersoldaten selbst hat den Haß der Völker gegen die fremden Eindringlinge nur geschürt und ihren Freiheitskampf beflügelt.

Fortsetzung von Seite 1

Schluss mit dem Justiz - und Polizeiterror! Sofortige Einbürgerung von Sascha Haschemi!

Der ROTE MORGEN berichtete bereits, wie Justiz und Polizei mit allen Terrormitteln, die ihr heute zur Verfügung stehen, mit generellem Ausschluß der Öffentlichkeit, mit Verhaftung von Zuschauern, Beschlagnahmung von Flugblättern und Festnahme von Flugblattverteilern versuchten, ihr schmutziges Ziel vor dem Volk geheimzuhalten. Denn sie fürchtet die Solidarität des Volkes mit den angeklagten Kommunisten, die sich heute schon in mehr als 4.000 Protestresolutionen und Unterschriften dokumentiert.

Am Dienstag vergangener Woche erlebte dieser Terror einen neuen Höhepunkt. An diesem Tage standen in München fünf Genossen vor Gericht. Fünf aufrechte Kämpfer machten in drei verschiedenen Prozessen den Münchener Justizpalast zur Tribüne kommunistischer Agitation und Propaganda. Die Polizei schlug zurück mit faschistischen Methoden. Genossen aus Tübingen berichten:

"Der Prozeß gegen Klaus Kercher der wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 angeklagt ist, findet auf dem gleichen Flur statt wie die Verhandlung gegen die Genossen Sascha, Hubert und Bernd. Viele von uns kommen nicht in den kleinen Saal. Aber sie bleiben nicht tatenlos! Sie gehen einige Hundert Meter weiter zum Prozeß gegen Rainer Junk, der sich an einer Vietnamdemonstration beteiligte, und in erster Instanz bereits zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Nach einer Stunde Verhandlung gibt es eine Pause. Gleichzeitig ist auch der Prozeß gegen Sascha, Hubert und Bernd unterbrochen. Die angeklagten Genossen begrüßen sich, geloben, im Kampf nicht nachzulassen. Gemeinsam stimmen wir das Solidaritätslied an. Sofort erteilt ein Büttel der Klassenjustiz Hausverbote. Wir ziehen auf die Straße, agitieren gegen die bürgerliche Justiz.

Als die Pause zu Ende ist, wollen wir wieder in den Saal. Da marschieren Polizisten auf: Etwa 30 schwerbewaffnete kommen in den Flur. Dann übernehmen die von der Kripo das Kommando: Immer zwei Polizisten stürzen auf einen Zuschauer los und schleppen ihn weg. Widerstand in dieser Lage ist aussichtslos. Obwohl wir uns nicht wehren können, werden Genossen verprügelt. Kameras blitzen - das sind dann die "Beweisfotos". Personalienkontrolle. Rechtsanwalt Lang, der Genossen Klaus verteidigt, wird festgenommen und isoliert, damit er uns keine Rechtsmittelbelehrung geben kann.

Völliger Ausschluß der Öffentlichkeit, Verhaftung von fortschrittlichen Menschen und Kommunisten. In ihrer Angst vor den Massen verbarrikadiert sich die Justiz hinter Polizeiknüppeln, will sie die angeklagten Genossen isolieren und von den Massen trennen. Aber das gelingt nicht! Am folgenden Tag ruft die Partei in einer Kundgebung erneut zur Solidarität mit den Angeklagten auf. Unterschriften werden gesammelt, Flugblätter verteilt, der ROTE MORGEN verkauft. Wieder zieht Polizei auf. Sie machen Jagd auf Genossen Sascha. Nur mit Mühe gelingt es, ihn vor einer Verhaftung zu schützen.

Die Absicht ist klar: Sascha, der bereits 4 Tage Ordnungsstrafe erhielt, soll in Untersuchungshaft genommen werden. Seine Aufenthaltserlaubnis läuft am 28. Februar ab. Solange wollen ihn Justiz und Polizei einkerkern und dann in einer Nacht- und Nebelaktion ganz "legal" abschieben. Noch am gleichen Abend entschließt sich Genosse Sascha, nicht mehr am Prozeß teilzunehmen. Zu groß ist die Gefahr, daß er "wegen Fluchtgefahr" sofort eingesperrt wird. Wie recht er mit dieser Einschätzung hat, zeigt sich am Donnerstag: Als Staatsanwalt Saxe Saschas persönliche Erklärung hört, beantragt er sofort Haftbefehl. Richter Gerhard lehnt scheinheilig ab und setzt den Prozeß in Abwesenheit von Sascha fort. Gleichzeitig beauftragt er den Staatsanwalt jedoch ausdrücklich, Sascha am letzten Prozeßtag AUF JEDEN FALL herbeizuschaffen. Auf einer Kundgebung am selben Tag gegen die geplante Abschiebung Saschas werden erneut 10 Demonstranten festgenommen.

"Ich bin Deutscher und werde hier in meiner Heimat für ein einiges, unabhängiges, sozialistisches Deutschland kämpfen", heißt es in Saschas Erklärung. "Wir müssen meine Einbürgerung mit allen Mitteln von diesen Herren erzwingen. Sie müssen die Wut der Arbeiterschaft und der Bevölkerung über diese ungeheuerlichen Gewaltmaßnahmen spüren, und wenn sie noch brutaler vorgehen, werden wir umso besser kämpfen, weil immer mehr Menschen diesen kapitalistischen Terror als solchen erkennen. Wir werden und müssen die Einbürgerung erzwingen, weil diese Sache nicht nur meine Person betrifft, sondern eine Herausforderung ist an die Kommunistische Partei, an die Arbeiterschaft und das ganze deutsche Volk".

FREISPRUCH FÜR ALLE ANGEKLAGTEN GENOSSEN!
SOFORTIGE EINBÜRGERUNG VON ALEXANDER HASCHEMI!
KAMPF DER KLASSENJUSTIZ!
SCHLUSS MIT DEM JUSTIZ- UND POLIZEITERROR!

Alle Prozesse werden fortgesetzt:
Prozeß gegen Sascha, Hubert und Bernd: 12.2.74 (Urteilsverkündung)
Prozeß gegen Klaus Kercher: 13.2.74
Prozeß gegen Rainer Junk: 11.2.74 (Urteilsverkündung).

Spendet für politisch Verfolgte: Auf das Konto Karin Sandmann, Dresdner Bank, 46 Dortmund, Konto Nr. 81 355 107

PROTESTIERT BEIM AMTSGERICHT MÜNCHEN GEGEN DIESE PROZESSE (8 MÜNCHEN, PACELLISTRASSE)
PROTESTIERT BEIM MÜNCHNER AUSLÄNDERAMT (8 MÜNCHEN, ETTSTRASSE, HERR DOBBMEIER, TEL.: 089/2141) GEGEN DIE GEPLANTE AUSWEISUNG VON SASCHA HASCHEMI!
DEMONSTRATION GEGEN SASCHAS AUSWEISUNG: 28.2.1974 IN MÜNCHEN

Sofortige Freilassung von Rechtsanwalt Becker!

Am 4.2. um 4.oo Uhr morgens verhaftete die Polizei in Hamburg zwei angebliche Mitglieder einer RAF-Nachfolgeorganisation und den Verteidiger vieler RAF-Genossen, Rechtsanwalt Becker. Kurz darauf drangen Polizisten in seine Wohnung in Heidelberg ein. Sie fanden einige Papprollen und erklärten sie kurzerhand zu Sprengsätzen.

Das ist bisher der frechste Anschlag von Polizei und Klassenjustiz auf einen fortschrittlichen Rechtsanwalt. Seit die Klassenjustiz mit offenem Terror in Gerichtssälen und Gefängnissen gegen Kommunisten und revolutionäre Menschen vorgeht, versucht, sie mit jahrelanger Untersuchungshaft und Isolierfolter psychisch und physisch zu vernichten, gilt ihr Haß gleichermaßen den Rechtsanwälten, die sie verteidigen und für ihr Recht kämpfen. Bereits seit August läuft gegen Rechtsanwalt Becker und andere fortschrittliche Rechtsanwälte ein Verfahren wegen § 129 "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung". Die Kette der terroristischen Angriffe auf die Rechtsanwälte ist lang. Hier nur einige Beispiele:

- Pohle - Prozeß: Staatsanwalt Wahl stellt Antrag, zu überprüfen, ob die Verteidigung überhaupt noch auf "dem Boden der demokratischen Grundordnung" stehe. Im gleichen Prozeß wird Rechtsanwalt Niepel auf Antrag des Staatsanwalts vorübergehend festgenommen, weil er einer Zuschauerin zu Hilfe eilt, die von der Polizei zusammengeschlagen wird. Während des Prozesses festgenommen wird auch Rechtsanwalt Lang, damit er gegen die Räumung des Zuschauerraumes im Prozeß gegen den Genossen Klaus Kercher nicht protestieren kann.

- Im August werden die Zellen mehrerer Mitglieder der RAF durchsucht. Verteidigerpost wird beschlagnahmt. Ebenfalls im August erteilt der Bundesgerichtshof die Erlaubnis, Anwälte vor Betreten von Gerichtssälen und vor Gesprächen mit ihren Mandanten zu durchsuchen.

- Es wird Anklage erhoben gegen 7 Verteidiger in RAF-Prozessen, die in Karlsruhe gegen die Isolierfolter mit einem Hungerstreik protestierten.

- Im Oktober wird erstmals ein Gesetz gefordert, daß den Ausschluß von Anwälten fordert, die mit ihren Mandanten sympathisieren.

- Gegen fortschrittliche Jura-Studenten, die Rechtsanwälte werden wollen, wird seit einiger Zeit ein Ausbildungsverbot verhängt.

Alle diese Maßnahmen zeigen, warum die Bourgeoisie die fortschrittlichen Rechtsanwälte so fürchtet: In deutschen Gefängnissen werden heute wieder Gefangene gefoltert. Denn nichts als eine wissenschaftlich ausgeklügelte Folter ist die vollständige Isolierung zum Beispiel der RAF-Genossen. Die Rechtsanwälte waren praktisch die einzigen, die mit diesen Genossen noch sprechen konnten. Und sie machten in Presseerklärungen, auf Veranstaltungen und mit Demonstrationen die Verbrechen der Klassenjustiz bekannt: den geplanten lebensgefährlichen medizinischen Eingriff an Ulrike Meinhoff, die versuchte Tötung an Katharina Hammerschmidt, den katastrophalen Zustand von Astrid Proll und allen anderen von der Isolierfolter Betroffenen. Die Antwort auf ihre Informationen war eine ungeheure Welle der Solidarität. Ihr allein ist es zu verdanken, daß Katharina Hammerschmidt aus der Haft entlassen und wenn auch zu spät, doch noch in ein Krankenhaus gekommen ist, ihr allein ist es zu verdanken, daß Ulrike Meinhoff nicht dem ärztlichen Eingriff ausgeliefert werden konnte. In dieser Solidaritätsbewegung erkannten viele Menschen den wahren Charakter dieses Staates, für die eingekerkerten und gefolterten Revolutionäre standen neue auf.

Es ist die Angst vor dieser Solidarität gegen die Klassenjustiz, die die Bourgeoisie zu ihren Angriffen auf die fortschrittlichen Rechtsanwälte treibt. Die letzte Verbindung der Gefangenen in Isolierhaft zum Volk soll abgeschnitten werden.

HÄNDE WEG VON DEN FORTSCHRITTLICHEN RECHTSANWÄLTEN!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Solidarität mit Sascha!

In der vergangenen Woche wurden erneut etwa 1.000 Unterschriften gegen die geplante Ausweisung von Genossen Sascha gesammelt.

Viele Menschen solidarisierten sich mit ihrer Unterschrift auch gegen die Gewaltmaßnahmen der Polizei gegenüber den Prozeßbesuchern. In Protesterklärungen solidarisierten sich weiter die Rote Hilfe e.V. in München, die Vollversammlung der Gesamthochschule Kassel und Teilnehmer an einem Teach In der Roten Hilfe an der Pädagogischen Hochschule Dortmund.

An alle Genossen und Freunde, die die Unterschriftensammlung für die Einbürgerung von Genossen Sascha unterstützen: Die vorgedruckten Protesterklärungen dürfen nicht beidseitig für die Sammlung benutzt werden. Notariell anerkannt werden nur solche Unterschriften, die direkt unter dem Text der Resolution stehen!

"...die lassen dich verrecken"

Eine der Genossinnen, die beim Prozeß gegen den Genossen Klaus Kercher festgenommen worden war, kam am Morgen des nächsten Tages in eine Zelle mit fünf anderen Gefangenen. Sie erzählte:

Einer der Gefangenen, ohne Wohnsitz und ohne Arbeit, war festgenommen worden, weil er zum zweitenmal beim Schwarzfahren erwischt worden war. Er wurde am Morgen vor den Schnellrichter geholt und zu sage und schreibe 235,00 DM Geldstrafe verurteilt.

Zahlbar in Raten: 4 x 50 DM und 1 x 35 DM - jeweils monatlich. Dieses Urteil ist nicht nur wegen seiner Höhe ungeheuerlich, sondern zeigt auch, wie die Bourgeoisie sich eine lumpenproletarische Schicht von Pennern regelrecht selbst heranzüchtet und erhält. Über feste Arbeit usw. hat kein Mensch mit ihm geredet. Bestenfalls wird also sein Leben weitergehen wie bisher, ab und zu mal arbeiten, sonst herumlungern.

Ein anderer der Gefangenen war Epileptiker. Er bekam im Lauf der Nacht und morgens gegen 8 Uhr zwei Anfälle. Die Bullen ließen sich in unverschämter Weise Zeit damit, einen Arzt zu holen, obwohl einer von ihnen den zweiten Anfall mitbekommen hatte. Schließlich kam nach 1/4 Stunde der Arzt, gab ihm zwei Tabletten und ließ ihn in der Zelle liegen. Er war noch da, als der letzte Genosse mittags entlassen wurde. Wegen dieser Sache war eine große Empörung in der Zelle. Einhellig war die Meinung: Wenn dir hier was passiert, die lassen dich verrecken.

Studenten - Bündnispartner der Arbeiterklasse

Im ROTEN MORGEN 1/74 hieß es im Artikel "Der Kampf an den Hochschulen wächst": "In allen diesen Kämpfen zeigten die Studenten, daß sie natürliche Verbündete der Arbeiterklasse sind". Das wurde von unseren Lesern mehrfach mit Recht kritisiert.

"Natürlicher Verbündeter" in dem Sinne, daß sie, bedingt durch ihre Klassenlage, grundsätzlich auf der Seite des Proletariats steht, ist die Intelligenz ganz sicher nicht. Sie gehört nicht zu jenen Schichten des Volkes, die "nichts zu verlieren haben als ihre Ketten". Die Arbeiterklasse wird nach ihrer Machtergreifung alle jene Privilegien beseitigen, mit denen heute die Bourgeoisie versucht, die Intelligenz an sich zu ketten. Diese Privilegien machen auch die Studentenschaft als Ganzes zu einem schwankenden Bündnispartner, der einer besonders sorgfältigen Erziehungsarbeit durch das Proletariat bedarf.

Andererseits sind die Widersprüche zwischen Arbeiterklasse und Studentenschaft nicht die gleichen wie zwischen Proletariat und Bourgeoisie, sie sind nicht antagonistisch, das heißt, sie können mit dem Mittel der Überzeugung, der sorgfältigen Erziehung gelöst werden. Wenn die Partei der Arbeiterklasse diese Aufgabe korrekt löst, dann werden große Teile der Studenten zu einem wertvollen Bündnispartner des Proletariats. Die Kämpfe der Studenten in aller Welt in den letzten Jahren, die Kämpfe an den Hochschulen heute, sind in der Hauptseite fortschrittlich. Es ist Aufgabe der Partei, diese revolutionären Studenten so zu erziehen, daß sie sich der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei unterordnen, sonst besteht allerdings die Gefahr, daß die bürgerliche Intelligenz zu einem Instrument der Reaktion wird, wie das in Deutschland in den 20ger Jahren der Fall war. Die modernen Revisionisten von der D"K"P und vom "M"SB-Spartakus verwischen gerade den Unterschied zwischen Arbeiterklasse und kleinbürgerlicher Intelligenz, sie fordern die Studenten auf, vor allem den Kampf um ihre Privilegien zu führen. Dadurch verschärfen sie den Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Studenten. Sie folgen dem Beispiel der DDR, wo die neue Bourgeoisie die kleinbürgerliche Intelligenz durch Gewährung von Privilegien an sich zu ketten versucht, um sie gegen die Arbeiterklasse ins Feld zu schicken.

Aktionisten bei Elbasan

Mit Spitzhacke und Gewehr

Fragt man einen Touristen, der im sozialistischen Albanien war, nach dem, was ihn am meisten beeindruckt hat, so ist die Antwort fast immer: "Der Besuch im Aktionistenlager in Elbasan". Auch die Albaner selbst sprechen mit besonderem Stolz vom Bau dieser Eisenbahnlinie.

Von Durres an der Küste Albaniens durch die sonnige westliche Niederung nimmt sie ihren Weg über Elbasan durch die Berglandschaft des Zentralen Gebirgslandes und soll schließlich in der Nähe der Prrenjas, an der jugoslawischen Grenze den Anschluß Albaniens an das europäische Eisenbahnnetz ermöglichen.

Der Stolz der Albaner gilt in erster Linie nicht den technischen Leistungen beim Bau dieser Eisenbahn - obwohl ungeheure technische Probleme gemeistert wurden: Jeder Meter Schiene mußte dem steinigen Felsen abgerungen werden, Tunnel wurden durch den Berg geschlagen, Ebenen geschaffen, Schluchten mit Brücken überwunden, die zu den längsten in Albanien gehören.

Der Stolz der Albaner gilt auch nicht in erster Linie der verkehrstechnischen Bedeutung der Eisenbahnlinie - obwohl sie für die Wirtschaft von großer Bedeutung ist, da sie das große Eisenhüttenwerk in Elbasan mit den reichen Erznickelvorkommen im Zentralen Gebirgsland verbindet, da sie einen Weg vom Gebirgsland zur Küste schafft und so das ganze Land enger zusammenschließt.

Die Albaner sind stolz auf die Jugend des Landes, die zu Zehntausenden fast nur mit Hacke und Schaufel diese große Aufgabe übernommen und erfüllt hat. Stolz auf die Partei der Arbeit Albaniens, die der Jugend in großen, für das ganze Land lebenswichtigen Werken die Gelegenheit gibt, am Aufbau des Sozialismus aktiv und verantwortlich teilzunehmen und dabei für die Zukunft zu lernen, in der diese Jugend in Partei und Staat die Geschichte des Landes lenken wird.

Die Jugendlichen aus den Dörfern Schulen und Universitäten arbeiten nicht mit Hacke und Schaufel, weil es billiger wäre oder weil der Staat etwa keine Maschinen und Ingenieure hätte, um diese Arbeit zu bewältigen. Diese Massenaktionen stehen in der Tradition des nationalen und sozialen Befreiungskampfes.

Mit der Hacke in der einen und dem Gewehr in der anderen Hand ging das albanische Volk damals daran, das sozialistische Albanien aufzubauen.

In diesen großartigen Massenaktionen besiegten die Albaner nicht nur die Natur, erreichten sie nicht nur wirtschaftliche Erfolge, sie errangen vor allem gesellschaftliche Erfolge, Erfolge in der Erziehung eines neuen, sozialistischen Menschen.

In der gemeinsamen harten Arbeit, bei der einer auf den anderen unbedingt angewiesen war, gewannen sie das Vertrauen auf die eigene Kraft, lernten sie, die hinterältigen Angriffe von Feinden der Arbeitermacht erkennen und bekämpfen, erfuhren sie die Kraft des Kollektives und die Schädlichkeit von Formalismus, Gleichgültigkeit, Papierkrieg und Passivität,von Individualismus und Selbstsucht, Unerschütterlich wurde ihr Vertrauen zur Partei der Arbeit. "Wo sie war, war auch das Leben, was wir sind, sind wir durch sie", diese Liedzeilen drücken auch die Erfahrungen des albanischen Volkkes aus.

Um die Jugend in diesem Geist harten Kampfes zu erziehen, deshalb opfern Partei und Staat Zeit und Geld, deshalb übertragen sie der Jugend bedeutende Aufgaben und Werke. Die Jugend aus allen Teilen des Landes arbeitet Seite an Seite mit Veteranen aus dem Befreiungskrieg. Mitglieder der Volksbefreiungsarmee sind dabei, angehende Parteimitglieder leisten hier ihre Kandidatenzeit ab. Gemeinsamer Zusammenschluß für den sozialistischen Aufbau steht an erster Stelle. Jeden Abend finden Versammlungen statt, auf denen Kritik und Selbstkritik geübt wird. Die Arbeit des Tages, die Planerfüllung, das Verhalten Einzelner werden besprochen Anhand des Zentralorgans der Partei der Arbeit "Zeri i Popullit" (Volksstimme), werden die wichtigen Aufgaben und Kampagnen für das ganze Land besprochen und Beschlüsse über ihre Durchführung gefaßt. So wurde das Aktionistenlager zu einem Zentrum des von der PAA propagierten Kampfes gegen fremde Einflüsse, gegen Liberalismus, Modernismus und Konservatismus. Die Jungen und Mädchen, die in diesem Aktionistenlager gewesen sind, gehen in ihr Dorf, an ihre Schule und ihre Universität zurück als Vorkämpfer des sozialistischen Aufbaus. Die Jugend wird so zu einem wichtigen Hebel für die Partei, die Aufgabe der dritten Etappe der albanischen Revolution: Die Schaffung des neuen Menschen, bis in die hintersten Winkel des Landes zu tragen und das ganze Land um diese Aufgabe zusammenzuschliessen.

Jeder, der im Aktionistenlager in Elbasan gewesen ist, spürt die Begeisterung der Jugend über das Vertrauen, das Partei und Volk Albaniens ihr entgegenbringen, spürt ihre Entschlossenheit, den Aufbau des sozialistischen Albaniens in die Hand zu nehmen und ihre sozialistische Heimat gegen alle Angriffe des Revisionismus und auch der ausländischen Imperialisten zu verteidigen - mit Hacke und Schaufel, aber auch mit dem Gewehr.

Die albanische Jugend liebt ihre Heimat - und sie liebt zugleich die Jugend, die Völker anderer Länder. Nirgendwo in Albanien wird der Gast mit einer solchen Begeisterung empfangen wie im Aktionistenlager. Die albanische Jugend fühlt sich zutiefst verbunden mit der fortschrittlichen Jugend in der ganzen Welt, weil sie weiß, daß ihr Kampf und der Kampf der Jugend in Westdeutschland und in anderen Ländern das gleiche Ziel hat: Die Befreiung des Proletariats.

Ausdruck dieser Verbundenheit, der gegenseitigen Achtung und Unterstützung ist die symbolische Mitarbeit der ausländischen Gäste an der Eisenbahnlinie, ist die abschließende Begrüßungsfeier inmitten der Aktionisten.

Kaum einem Gast, der an einer solchen Feier teilgenommen hat, ist aufgefallen, daß verschiedene Sprachen die Verständigung erschweren. "Enver Hoxha" - "Marxismus-Leninismus" - diese Parolen sind Deutschen und Albanern gemeinsam. Die Internationale verbindet die Völker über Sprachgrenzen hinweg. Und wenn die Aktionisten auf die Besucher zulaufen und ihnen als Zeichen der Verbundenheit das Aktionistentuch, das Ehrenzeichen der albanischen Jugend, um den Hals schlingen, so gibt es nichts Trennendes mehr, sondern nur noch die gemeinsame Gewißheit: **"Ihr habt es geschafft, wir werden es schaffen!"**



"Wir müssen die Jugend an große Aktionen und Aufgaben heranführen und sie in der Schule des Lebens und der Arbeit stählen."

Enver Hoxha

Parteibüros der KPD/ML

BREMEN: Bremen-Walle Waller Heerstr. 70

MANNHEIM: Lortzingstr.5

Öffnungszeiten: Dienstag: 16.oo - 18.3o Uhr, Donnerstag: 16.oo - 18.3o Uhr, Samstags: 9.oo - 13.oo Uhr.

HAMBURG: Stresemannstr. 110

KIEL: Reeperbahn 13, Tel.: 0431/74 762

MÜNCHEN: 8 München 2, Thalkirchnerstr. 19, Tel.: 089/77 51 79

Öffnungszeiten: Mittwoch: 17.oo - 19.oo Uhr, Samstag: 9.oo - 14.o Uhr.

BESTELLSCHEIN

Bitte den Bestellschein in Blockbuchstaben ausfüllen

HIERMIT BESTELLE ICH:
PROBENUMMER: O
ABONNEMENT
AB NUMMER:
Bestellungen an:
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526

ROTER MORGEN

Ein Jahresabonnement des ROTEN MORGEN kostet 25 DM

NAME, VORNAME..
BERUF..
POSTLEITZAHL, ORT..
DATUM..
UNTERSCHRIFT..